



Dringender Handlungsbedarf

Gestern fand auf dem EUREF-Campus die „Auftrittskonferenz zur Weiterentwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Berlin statt.“

Wir wissen, dass bei vielen beim Blick auf das Thema gleich die Klappen runtergehen. Aber vielleicht nehmen Sie sich die Zeit, mal reinzulesen, auch wenn es schwerfällt. Der Sänger **Peter Fox** war einer von zwanzig Mitgliedern des hochkarätig zusammengesetzten Referententeams, das sich zwischen 09:00 und 17:00 Uhr der Herausforderung stellte: „Zukunft gestalten – Transformation, gemeinsam, jetzt!“



v.l. Peter Fox, Staatsministerin Sarah Ryglewski, Bezirksbürgermeister Oliver Igel und Umweltstaatssekretärin Britta Behrendt.

Peter Fox sagte selbstkritisch: „Die Frage ist, wenn man viele Menschen erreichen will und der Zeitgeist tendenziell eher zynisch ist, dass es nicht so leicht ist, eine Sprache zu finden, die die Leute nicht sofort als Müsli-Kultur wahrnehmen.“ Das Thema habe einen elitären Anstrich. **Luisa Neubauer** sei eben „keine Neuköllner Atze, sondern spreche eine elitäre Sprache.“ Zugegeben, wer sich die acht Stunden auf dem EUREF-Campus reingezogen hat, dem schwirrte schon ein wenig der Kopf, der Dank größeren Kaffeekonsums wenigstens nicht schlappmachte. Es geht um das existenziellste Thema der Menschheit zu einer Zeit, in der Kriege an zwei verschiedenen Orten stattfinden, dessen Ausbreitung zu einem Flächenbrand noch längst nicht gebannt ist.

„Der Schutz von Umwelt und Klima ist laut einer Befragung für 57 Prozent sehr wichtig und steht damit auf Platz fünf der wichtigsten Themen. Gegenüber den letzten Erhebungen in den Jahren 2020 (65 Prozent) und 2018 (64 Prozent) zeichnet sich allerdings ein leichter Rückgang ab.“ Zeit also, sich des Themas anzunehmen. Die Einschläge des Klimawandels werden immer heftiger. Hitze und Sturmfluten sind längst mehr als gelegentlich auftretende Wetterphänomene. Bevor wir weiter auf die Konferenz einge-

hen, möchten wir Ihnen einen Überblick geben, aus dem hervorgeht, wie lange wir uns schon mit dem Thema beschäftigen, ohne bislang große Erfolge erzielt zu haben.

1992 haben sich die Vereinten Nationen zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung bekannt. In Rio de Janeiro verabschiedeten sie ein globales Aktionsprogramm. Mit der Agenda 21 erklärte sich jeder der mehr als 170 Unterzeichnerstaaten bereit, das Leitbild national in allen Politikbereichen unter Beteiligung von Gesellschaft und Wirtschaft umzusetzen. Auch Deutschland hat unterzeichnet und beschloss 2002 erstmals eine Nachhaltigkeitsstrategie.



2015 haben die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen in ihrer Agenda 2030 17 globale Nachhaltigkeitsziele definiert. Deutschland hat zugesagt, diese 17 Nachhaltigkeitsziele im eigenen Land umzusetzen und auch anderen Ländern dabei zu helfen. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist dafür die Grundlage.

Am 10. März 2021 hat das Bundeskabinett die Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Schwerpunkte sind sechs große Transformationsbereiche, in denen noch größerer Handlungsbedarf besteht: Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit, Energiewende und Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, Nachhaltiges Bauen und Verkehrswende, nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme, schadstofffreie Umwelt.

An der Weiterentwicklung beteiligt waren alle Ministerien und der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung unter dem Vorsitz des Kanzleramtschefs, Nachhaltigkeitsakteure sowie Bürgerinnen und Bürger. 2023/2024 wird die Nachhaltigkeitsstrategie turnusgemäß erneut weiterentwickelt.

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist inhaltlich umfassend und nicht abschließend angelegt. Sie ist Grundlage für politische Reformen wie auch für ein



verändertes Verhalten von Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher. Weit über die ökologischen Aufgaben hinaus dient das Konzept als Handlungsanleitung für eine umfassende zukunftsfähige Politik. Es geht um übergreifende Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Entwicklung für alle Generationen.

Klar ist bereits jetzt: Alle Staaten werden ihre Anstrengungen zur Erreichung der Sustainable Development Goals deutlich verstärken müssen. Dies gilt auch für Deutschland. Wenn wir weiter machen wie bisher, werden wir – trotz aller bereits getroffenen wichtigen Entscheidungen und spürbaren Fortschritten – die SDGs nicht erreichen. Senat Berlin / Bundesregierung



Umweltsenatorin Manja Schreiner und der Bundestagsabgeordnete Helmut Kleebank, Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung.



Blick in den Veranstaltungssaal

Zu den Referenten gehörten zwei Bundesministerinnen, eine Staatsministerin und eine Staatssekretärin, Sportler, Künstler, Vertreter von Verbänden wie dem Naturschutzing oder Brot für die Welt sowie Vertreter der Wirtschaft. Bundeskanzler **Olaf Scholz** und der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** wurden per Videobotschaft zugeschaltet. Beide konnten persönlich nicht anwesend sein, weil sie zeitgleich im Bundestag beziehungsweise Abgeordnetenhaus Regierungserklärungen vorgetragen ha-

ben. Wegen der Fülle der Informationen werden wir uns auf ein paar wenige Statements der Beteiligten konzentrieren. Weitere Informationen zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie finden Sie unter www.dialog-nachhaltigkeit.de. Dort werden auch in Kürze die Zusammenfassungen der Workshops veröffentlicht.

Zuvor noch ein Wort, wie die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie aussieht.

„Eine Zukunft, in der Natur und Klima geschützt werden, weniger Menschen Not leiden und die Gesellschaft zusammenhält. Nachhaltigkeit bedeutet: Nur so viel Holz schlagen, wie auch nachwachsen kann; vom Ertrag – und nicht von der Substanz leben. Mit Blick auf die Gesellschaft heißt das: Jede Generation muss ihre Aufgaben lösen und darf sie nicht den nachkommenden Generationen aufbürden. Über Nachhaltigkeit entscheidet jeder selbst mit. Nachhaltige Entwicklung heißt, mit Visionen, Fantasie und Kreativität die Zukunft gestalten, Neues wagen und unbekannte Wege erkunden. Es geht darum, wie wir in Zukunft leben wollen, wie wir auf die Fragen der globalisierten Welt in Wirtschaft und Gesellschaft antworten wollen.“

Der Autor dieses Beitrages hat große Bedenken, ob die Atzes dieser Welt, nicht nur in Neukölln, zu so viel Eigeninitiative bereit und fähig sind, oder ob nicht der böse Spruch für viele gilt: Nach mir die Sintflut!

Das Statement von **Manja Schreiner** glich einem Weckruf. Sie sieht derzeit keinen Raum für zu viel Optimismus. Die Erreichung der Ziele habe sich durch den Krieg verlangsamt. Die Bemühungen müssen verstärkt werden, um einen realistischen Weg erreichen zu können. Die regionale Ebene muss gestärkt werden. Berlin bekenne sich zur Agenda 2030 und nehme seine Verantwortung wahr.

Die Berlinspezifischen Transformationsfelder seien, Menschliches Wohlergehen, Teilhabe und gesellschaftlicher Fortschritt, Resilienter, also widerstandsfähiger Lebensraum der Zukunft, Nachhaltige Wirtschaft, Finanzen und Konsum sowie Infrastruktur und Mobilität. In der Berliner Umsetzungsallianz sollen die Bezirke eine zentrale Rolle spielen.

Besonders bemerkenswert war der Redebeitrag von **Gunda Röstel**, der stellvertretenden Vorsitzenden des Rats für Nachhaltige Entwicklung. Sie sprach unverklausuliert Klartext. Die wortgewaltige Sächsin ist seit 2004 kaufmännische Geschäftsführerin der Stadtentwässerung Dresden GmbH und gehört seit 2011 dem Aufsichtsrat der EnBW an.



Gunda Röstel war Mitbegründerin des „Neuen Forums“ in der DDR und von 1996 bis 2000 Sprecherin des Bundesvorstands der Grünen. „Im sozialen Bereich hinken wir sträflich hinterher.“, sagte sie. „Wenn das Klimageld nicht kommt, werden wir Schiffbruch erleiden!“

Gute Bildung müsse gesichert werden. Seit Jahrzehnten verlassen jedes Jahr 50.000 junge Menschen ohne Abschluss die Schulen. „Das ist eine Ver-sündigung an der Zukunft unserer Kinder und schlecht für die Wirtschaft. Wir suchen Fachkräfte.“ Der Hinweis auf den Bildungsföderalismus in Deutschland sei keine Ausrede mehr.

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie müsse den Brückenschlag in die Gesellschaft finden. Es muss ein Leitbild geben, was gutes Leben sei. „Gutes Leben in einer intakten Umwelt mit sozialer und solidarischer Ausrichtung nach innen wie nach außen, mit einer leistungsfähigen Wissenschaft, einer leistungs- und wettbewerbsfähigen Wirtschaft, die Arbeitsplätze und Steuereinnahmen für uns bietet. Wir brauchen eine achtzigmillionenfache Verhaltensveränderung. Und wenn sich die lohnen muss, dann brauchen die Menschen eine Motivation, die sie verstehen.“ Nachhaltigkeits müsse Staatsziel und das Grundgesetz geändert werden, so **Gunda Röstel**.



Deutliche Worte fand auch die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes **Yasmin Fahimi** (r.). Sie setzt sich ein gegen Armut und für Wirtschaftsentwicklung. Falsch wäre in dem Prozess zu sagen, „das soll die Politik ma-

chen.“ Frau Fahimi sagte, dass es keinen Zielkonflikt geben dürfe. Klimaneutrales Wirtschaften und Industrie müssen möglich sein. Eine starke Industrie brächte das notwendige Geld in unserem Land. Eine begrüßenswerte Aussage, denn ohne Geld lassen sich die Ziele nicht umsetzen.

Steffi Lemke, Bundesumweltministerin, und **Svenja Schulze**, zuständig im Bundeskabinett für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, waren auf der Konferenz mit Keynotes vertreten. Frau Lemke wies auf den Veranstaltungsort, den EUREF-

Campus, hin, einem passenden Ort, der zeige, was Nachhaltigkeit bedeute.



In ihrem Redebeitrag wollte sie nichts beschönigen. Die Pandemie und der Angriffskrieg auf die Ukraine haben den weltweiten Fortschritt bei der Bekämpfung von Armut und Hunger, bei der

Förderung der Bildung, bei der Gleichstellung der Geschlechter und beim Umwelt- und Naturschutz zu-nichte gemacht. Sie räumte aber ein, dass ohne Pandemie und Krieg die Bilanz auch nicht viel besser aussähe. Deshalb dürften wir keine Zeit verlieren und müssten es ernst nehmen mit dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen.

Die Ministerin verwies auch auf Erfolge der internationalen Gemeinschaft und nannte als Beispiele das globale Weltnaturschutzabkommen von Montreal, das UN-Hochseeschutzabkommen und die Weltchemikalienkonferenz (jährlich sterben 1,5 Millionen Menschen an Bleivergiftungen). Alles zusammen bezeichnete sie als Paradigmenwechsel. „Wir brauchen Fortschritte in allen Bereichen.“

Svenja Schulze stellte aus ihrem Bereich drei zentrale Themen vor: **Frauen, Klima und Geld**. Die Nachhaltigkeitsziele können nur erreicht werden, wenn Frauen stärker in den Fokus genommen werden. Frauen machen die Hälfte der Menschheit aus und sie brauchen mehr Rechte, mehr Ressourcen und mehr Repräsentanz in der Gesellschaft. Dass sie diese nicht haben, sei ungerecht und auch gefährlich. Die Welt kann nicht einfach auf die Hälfte ihres Potenzials verzichten. Im Haushalt 2024/25 fließen 93 Prozent ihres Ministeriums in Vorhaben, die die Gleichstellung voranbringen. In Frauen zu investieren, heißt, das volle Potenzial einer Gesellschaft auszuschöpfen.

Ohne effektiven Klimaschutz kann keines der Ziele erreicht werden. Die Folgen des Klimawandels bedrohen schon jetzt grundlegende Menschenrechte und treffen die ärmsten der Welt am härtesten. Klimaschutz ist eine Frage von weltweiter sozialer Gerechtigkeit. Klimaschutz kostet Geld, aber Nichtstun ist deutlich teurer, so **Svenja Schulze**.

Der Auftakt ist gemacht, jetzt geht's an die Umsetzung.

Ed Koch